



Straßensperrungen und Baulärm: Die Baustelle des "Quartiers an der Elbe"

Baustelle Buckau

Vom Schwermaschinenbau zum Trend-Kiez: Geschichte einer Aufwertung

Die allgemeine Aufwertung der Stadt Magdeburg konzentriert sich schon seit einiger Zeit nicht mehr ausschließlich auf die Innenstadt und Stadtfeld-Ost. Auch an der Elbe liegende Gebiete, wie Buckau, sind ein beliebtes Ziel für Vermögens- und Immobilienverwalter geworden. Doch was macht Magdeburg für sie so attraktiv? **Forsetzung auf Seite 2 »**

Politik:

Phillip Amthors dunkle Machenschaften

Phillip Amthor, der Mecklenburgische Posterboy der CDU, war vor kurzem in einem Lobbyismusskandal rund um das in den USA registrierte IT-Unternehmen Augustus Intelligence verwickelt. Amthor hatte sich bei seinem Parteikollegen und Wirtschaftsminister Altmaier für eine Förderung des Unternehmens eingesetzt, während er selbst Aktienoptionen hatte und mutmaßlich einen Posten im Unternehmen versprochen bekam. So weit, so verwerflich - aber in diesem Staat, wo Politiker in die Wirtschaft wechseln oder schon währenddessen Posten in diversen Aufsichtsräten bekleiden ist bei Weitem nichts Ungewöhnliches. Das Besondere an diesem Fall ist, dass es sich bei Augustus Intelligence nicht um irgendein weiteres IT-Unternehmen handelt, sondern sich im und um das Unterneh-

men allerhand dubiose Gestalten sammeln. So gehören zum Netzwerk der Firma unter anderem die zwei Ex-Geheimdienstchefs Aufust Hanning (BND) und Hans-Georg Maaßen (VS), der Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor von Guttenberg (CSU), Unternehmensberater Roland Berger & Charles-Edourd Bouee, sowie August Francois von Fink (Milliardärssohn, dessen Vater die selbsternannte Partei der kleinen Leute AfD finanziert). Dies sind nur einige der Gestalten die Verbindungen zum Unternehmen haben. Sie bilden eine gefährliche Mischung aus dem Spektrum der Mischebene von Staat und Wirtschaft, die als Teil eines Tiefen Staates definiert werden kann. Mehr Informationen auf der Plattform "Perspektive Online". ●

Meinung und Debatte:

30 Jahre Annexion - Was hat uns der Kapitalismus gebracht?

Zum 30. Jahrestag des Anschlusses der DDR überschlägt sich mal wieder die Propaganda über „das Ende der Geschichte“ und westdeutsche Experten erklären uns unsere Geschichte und wie wir von der BRD gerettet wurden. Wir wollen eine kleine Bestandsaufnahme unserer Gesellschaft unternehmen, egal, wie wir zum Realsozialismus der DDR und all seinen Fehlern stehen. **Seite 4**

Wirtschaft:

Coronakrise und Wanderarbeit - Wer pflügt die deutsche Scholle?

„Ich verliere 1500 Tonnen Spargel!“ titelt in großen Lettern die Bild-Zeitung. Großbauer Heinrich Thiermann „fehlen 800 Arbeiter“, wegen der Covid-19 Pandemie und den damit verbundenen Einreisebeschränkungen. Thiermann zählt zu den größten Landwirtschaftsunternehmern im Spargel-sektor, hat aber auch Heidelbeeren und Erdbeeren. Rund 3000 Hektar Land hatte Thiermann schon 2009 „unter Pflug“, wie das Handelsblatt damals schrieb, 20 Millionen Euro Umsatz fuhr er jährlich ein. Wer erwirtschaftet das? Der rüstige „Spargelkönig“, wie wohlwollende Medien ihn nennen, nicht. **Seite 6**

Lokales: Kohlenstoffdioxid- neutrale Verdrängung

Vor kurzem wurde bekannt, dass das Eckhaus auf der Ecke Annastraße/Hans-Löscher-Straße zukünftig das Wohnprojekt „bunte butze“ beherbergen wird. Bei den Initiatoren handelt es sich um drei Familien aus Stadtfeld, welche „umweltverträglichen, sozialen und günstigen Wohnraum“ schaffen wollen. Bevor dieser Wohnraum allerdings zur Vermietung steht, müssen noch elf Wohnungen energieeffizient saniert und ein Co-Working Space, sowie eine Kinderbetreuung integriert werden. Ob die Wohnungen hinterher dann tatsächlich so günstig sind wie angepriesen und auch für einkommensschwache Familien zur Verfügung stehen, bleibt allerdings fraglich. Vielmehr wird dieses Haus ein betuchtes grün-bürgerliches Klientel anziehen, welches davon überzeugt ist, durch ihre individuelle Lebens- und Konsumweise die Umweltzerstörung, die der Kapitalismus mit sich bringt, aufhalten zu können. Die Finanzierung des Millionenprojektes steht und der Umbau des Hauses soll bald beginnen. Von Vorteil erwies sich dabei sicherlich, dass einer der Initiatoren, Falk Lepie, für das Finanzministerium arbeitet und sich mit Finanzen auskennen scheint. ●



Bausstellen, Baulärm, Bauschmutz: BewohnerInnen des Stadtteils hatten es nicht leicht dieses Jahr

« Fortsetzung von Seite 1

Obwohl die Zahl der EinwohnerInnen und die Wirtschaft in der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt in den letzten Jahren gewachsen sind, sind die Preise für Bauland vergleichsweise günstig. Für die Investoren lohnt es sich also jetzt noch zuzugreifen und Bauland aufzukaufen, bevor dessen Preis steigen könnte. Deshalb wird der Immobilienmarkt in Magdeburg von Branchenkennern immer häufiger als „hotspot“ im Osten Deutschlands bezeichnet. Jedoch: Seit diesem Jahr ist die EinwohnerInnenzahl von Magdeburg erstmals wieder leicht rückläufig und der Corona-Virus hat eine wirtschaftliche Rezession eingeleitet, deren Folgen sich noch nicht vorhersehen lassen. Ob und wie schnell sich die neu gebauten schicken Wohnungen letztlich vermieten lassen, steht also noch in den Sternen.

Von der gezielten Zerstörung zur gezielten Aufwertung

Währenddessen bewerben Immobilienfirmen Buckau als das neue In-Viertel Magdeburgs, das sich aufgrund seiner Nähe zur Altstadt und zur Elbe, der restaurierten Bausubstanz aus der Gründerzeit und mit seinem Bildungs- und Kulturangebot zu einem schicken Wohnviertel für die ganze Familie entwickelt habe. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Die Stadtteilaufwertung in Buckau wurde gezielt gefördert. Das Gebiet ist Bestandteil des Stadtentwicklungskonzeptes „URBAN 21“ des Landes Sachsen-Anhalt. In Buckau gab es 15 Projekte im Rahmen von URBAN 21. Dazu zählt etwa die Elbufergestaltung am Sülzefafen und der Umbau des ehemaligen Speichers, der Parkplatz am Elbbahnhof (auf dem kaum je ein Auto steht) sowie die Grüne Mitte Buckaus einschließlich Thiemplatz.

Davor wurde Buckau über Jahrzehnte baulich vernachlässigt. Die ruineöse und dichte Wohnbebauung des Stadtviertels war mit seiner Nähe zu Betrieben des Schwermaschinen-



Blick auf die Baustelle des "BuckauQuartiers"

aus von starken Umweltbelastungen geprägt. Die Buckauer Maschinenbau-fabriken begründeten übrigens während der DDR-Zeit Magdeburgs Ruf als Stadt des Schwermaschinenbaus. Zu nennen sind hier vor allem die beiden VEB Schwermaschinenbau Ernst Thälmann (SKET) und Karl Liebknecht (SKL). In den ersten Jahren der Nachwendezeit kollabierten viele der bis dahin gewichtigen Großbetriebe und hinterließen Industriebrachen von gewaltigen Ausmaßen. Dieser wirtschaftliche Kollaps, ausgelöst durch die massenhafte Schließung und dem Verkauf von Betrieben durch die Treuhand, wurde begleitet von einer enormen Arbeitslosigkeit unter den BewohnerInnen im Viertel.

Bauen für Bonzen

Wer indes heute durch den Magdeburger Stadtteil Buckau spaziert, dem bleiben die unzähligen Kräne am Himmel nicht unbemerkt. Der Bauboom mutet fast schon surreal an – als würde jemand in Windeseile versuchen, die brachliegenden Flächen und baufälligen Gebäude in moderne, strahlende Wohnanlagen umzubauen, die moderne, strahlende Menschen in den Stadtteil ziehen.

Wenn man Buckau von Norden betritt, fällt zum Beispiel sofort die Baustelle an den frisch errichteten Messma-Lofts



Visualisierung des BuckauQuartiers auf der Homepage

in der Schönebecker Straße ins Auge. Das Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Messgeräte-Werkes „Erich Weinert“ wurde in ein Wohn- und Geschäftshaus mit Loftwohnungen verwandelt. Die MessmaLofts werden derzeit erweitert und sollen bald 150 Wohnungen beinhalten. Eines der prestigeträchtigsten Projekte in Buckau ist das „Buckau-Quartier“ an der Coquisstraße. Das ehemalige Gebäude wurde 1915 gebaut und als Straßenbahndepot genutzt. Nach 1945 wurde es in eine Sporthalle umgewandelt, später teils wieder gewerblich genutzt. Bis 2021 sollen dort 144 moderne Wohnungen entstehen. Der Immobilieninvestor, die Goldman Group, wirbt mit dem Slogan „Wohnen hinter historischen Fassaden“ für den Kauf einer Wohnung als „Anlageobjekt im begehrten Kiez“. Die Goldman Group kennt sich aus. Das Immobilienunternehmen aus Berlin wirbt auf seiner Internetseite damit, „viel Erfahrung bei der Sanierung und Aufwertung von Gründerzeithäusern im Prenzlauer Berg“ zu haben. In Magdeburg gehört der Goldman Group u.a. noch das LorenzQuartier.

Ein weiteres Bauprojekt ist das Quartier an der Elbe, welches dem BuckauQuartier in Sachen Exklusivität in nichts nach steht. Dort werden momentan 99 Wohnungen gebaut, die bis Ende 2022 fertiggestellt werden sollen. Die Investoren locken mit der einzigartigen Lage am Ufer der Elbe gegenüber dem Rote Horn Park. Die Wohnungen bekommen allesamt Fußbodenheizung, Video-Sprechanlage, 3



Visualisierung des Quartiers an der Elbe

Meter hohe Decken und bodentiefe Fenster. Vielleicht, um die nächste Sturmflut mit bester Sichtqualität hautnah zu erleben und zu einem unvergesslichen Abenteuer werden zu lassen.

Das gleiche alte Lied

Neben diesen größeren, zusammenhängenden Projekten gibt es auch viele einzelne Neubauten, wie das Gebäude am Sülzeberg in Buckau, dem Loft-Haus an der Dorotheenstraße oder die Budenbergvilla an der Budenbergstraße. Die Auswirkungen solcher Luxusbauprojekte auf die soziale Struktur der Stadtteils lassen sich dabei schon erahnen. Ähnlich wie in Stadtfeld werden im kommenden Jahrzehnt die Mieten rasant ansteigen und die Bevölkerung weicht allmählich einer zahlungskräftigeren. Die Verdrängung hat dabei schon erste erkenntliche Züge angenommen. So musste der Zooladen, eine alternative Kneipe, schließen, weil der Eigentümer plant, ein Hostel in dem Gebäude zu errichten. Ebenso hatte auch „Peter Bahn“, ein angemieteter, selbstverwalteter Raum in einem alten Bahngelände, welchen einige Privatpersonen aus dem Stadtteil als sozialen und kulturellen Treffpunkt nutzten, schon die Schlüssel abgeben müssen. Die alten Gebäude dort werden nun als Loftwohnungen umgebaut.

Um Lebens- und Wohnraum für einfache Menschen - auch in der Innenstadt - zu erhalten, können wir uns nicht auf staatliche Politik verlassen. Die Forderung nach einer Enteignung von milliardenschweren Immobilienkonzernen, welche mit menschlichen Grundbedürfnissen Milliarden scheffeln, ist legitim. Wohnraum ist kein Luxusgut und sollte ohne Profite auskommen.

Gegen die Stadt der Reichen – Miethaie enteignen! ●

Lokales: Gelder für sozialen Wohnungsbau halbiert

Laut offiziellen Berichten sollen in diesem Jahr nur noch 27,5 Millionen in den sozialen Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt fließen. Dies entspricht einem Minus von 55 Prozent zum Vorjahr. Somit hat sich nicht nur die Zahl der Sozialwohnungen halbiert, sondern auch die Gelder für den sozialen Wohnungsbau. Diese Mittelkürzung verwundert nicht. Die Stadtregierung und -verwaltung unter OB Lutz Trümper machten in der Vergangenheit oft deutlich, dass es ihrer Meinung nach keinen Mangel an bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Familien gebe und weiterhin bezahlbarer Wohnraum in der Innenstadt zur Verfügung stehe. Und selbst wenn die Mietpreise im neuen Domviertel etwas höher sind... im Vergleich zu Berlin sind die Mieten doch günstig. ●

Wirtschaft: Friedenspflicht für die Ameos-Streikenden

Die Pflegekräfte der Ameoskliniken, traten Ende letzten Jahres in Sachsen-Anhalt in den Streik. Sie verlangten einen gerechten Lohn für ihre Arbeit, der durch einen Tarifvertrag garantiert werden soll. Ameos lehnte dies allerdings ab. Nach Warnstreiks mit einer hohen Teilnehmerzahl feuerten die Ameos-Kliniken sogar 14 MitarbeiterInnen kurz vor Weihnachten. Sie drohten weitere 800 Entlassungen an. Nach weiteren Streiks und Druckaufbau konnten nun erste Zugeständnisse erreicht werden: Die 1500 Beschäftigten erhalten 8% mehr Lohn und eine Einmalzahlung von 800€. Einen Tarifvertrag gibt es allerdings (noch) nicht. Bis zum Juli 2021 ist alle vier Wochen ein Verhandlungstermin für einen Tarifvertrag angesetzt. Bis dahin gilt für die Pflegekräfte allerdings eine „Friedenspflicht“, die weitere Streiks untersagt. ●

30 Jahre Annexion

Was hat uns der Kapitalismus gebracht?

Zum 30. Jahrestag des Anschlusses der DDR überschlägt sich mal wieder die Propaganda über „das Ende der Geschichte“ und westdeutsche Experten erklären uns unsere Geschichte und wie wir von der BRD gerettet wurden. Wir wollen eine kleine Bestandsaufnahme unserer Gesellschaft unternehmen, egal, wie wir zum Realsozialismus der DDR und all seinen Fehlern stehen.

Schauen wir zunächst auf die alltäglichen sozialen Verhältnisse. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich wird immer krasser. Diese Erfahrung des Klassenkampfes von Oben machen viele von uns tagtäglich. Dies beginnt beim Anblick der Luxusapartments der Neu-Reichen an der Elbe, während unsere Probleme hat, eine Wohnung zu finden, die nicht die Hälfte unseres Einkommens frisst. Ein anderer Punkt, der uns auf dem Herzen liegt, ist die unsagbare Alters- und Kinderarmut im Vergleich zum Reichtum der Eliten der BRD. Die ostdeutschen Bundesländer führen hierbei die Statistiken an. Diese Aspekte spielten in der DDR kaum eine Rolle. Für alle war es möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden und die Miete war eher ein symbolischer Beitrag. Außerdem waren die staatlichen Hilfsstrukturen der DDR darauf ausgelegt, dass sich keine Familie Sorgen machen musste, ihre Kinder zu

ernähren oder ihnen Zugang zu Bildung zu verschaffen. Sowohl das Wohnen als auch die Förderung von Kindern waren deutlich besser als in unserer heutigen Zeit. Generell hat sich auch das Zusammenleben massiv geändert. Während früher unser Miteinander von gegenseitiger Hilfe und gemeinschaftlichem Leben geprägt war, regieren heute Ellenbogengesellschaft, Egoismus und Konkurrenz auf allen Ebenen.

Betrachten wir die Situation der Frau in der DDR, können wir sehen, dass sie auf jeden Fall nicht perfekt war. Was allerdings '89 geschah, hat für viele Ostfrauen einschneidende, negative Konsequenzen bis heute. Beim „Einigungsvertrag“ wurde ein großer Rentenbetrug begangen: In der DDR geschiedene Frauen kämpften immer noch um einen Rentenausgleich. Außerdem bekamen Krankenschwestern, Friseurinnen und andere in „Frauenberufen“ damals weniger Lohn. Es wurde ihnen versprochen, dieses Geld nachträglich auf die Rente zu legen. Das wurde beim Einigungsvertrag einfach unter den Tisch gekehrt. Außerdem hat sich die generelle Arbeitssituation verschlimmert. Frauen nehmen den größten Anteil an Arbeitskräften im Niedriglohnsektor an. Sie werden bevorzugt in Teilzeit angestellt und schlechter bezahlt als Männer. Durch ihre Diskriminierung haben sie es

allgemein schwerer, einen Job in bestimmten Bereichen zu finden. Die prekäre Situation macht sie anfälliger für soziale Verdrängung. In Magdeburg Nord (Kannenstieg und Neustädter See) machen Frauen dort unter den Alten, Niedrigverdienern und Arbeitslosen den höchsten Bevölkerungsanteil aus. Prekäre Arbeitsbedingungen und fehlende finanzielle und soziale Absicherungen sind heute aber für viele nichts Neues. Auch in der DDR gab es die schlechter bezahlten „Frauenberufe“, aber die soziale Benachteiligung und das Armutsrisiko waren aufgrund anderer Absicherungen nicht so hoch wie heute. Daneben wurde das Selbstbestimmungsrecht über ihren eigenen Körper stark eingeschränkt. Heute ist die Pille im Gegensatz zu früher kostenpflichtig und die „Kinderwunsch-Pille“ wurde zur „Anti-Baby-Pille“. Auch Abtreibungen, die in der DDR legal waren, sind heute massiv eingeschränkt und werden teilweise immer noch sozial geächtet.

Heutzutage werden wir von den verschiedensten Behörden und Institutionen, auf einem Level überwacht und analysiert, wie es sich die Staatsicherheit bestimmt nicht in ihren kühnsten Träumen hätte ausmalen können. Konzerne sammeln und analysieren unser Kaufverhalten bis ins kleinste Detail und beschäftigen Horden von Psychologen, um ihre Algorithmen zu optimieren. Sie kennen von Menschen, die nicht explizit auf ihre Sicherheit achten, alles: von der Haarfarbe, über Ernährungsgewohnheiten und Musik- und Filmgeschmack bis hin zur Sexualität. Dieses Wissen wird bei Bedarf weiterverkauft und auch an staatliche Stellen weitergegeben.

Die Polizei hat in den letzten Jahren zusätzlich zu ihren seit Jahrzehnten ausgeweiteten Befugnissen - durch eine neue Welle von Polizeigesetzen einen ganzen Katalog von neuen Möglichkeiten bekommen. Dazu zählen u.a. die Möglichkeit einer



Im Juni 2018 trafen sich in der DDR geschiedene Frauen vor dem Bundestag zu einer Kundgebung.



Eine Petition fordert die Freigabe der NSU-Akten

unbegründeten Personenkontrolle, Aufenthaltsver- und Gebote, Präventivhaft ohne Tatverdacht (wurde in Bayern schon mehrfach umgesetzt), Einsatz von elektronischen Fußfesseln und erweiterte Telekommunikationsüberwachung (u.a. auch der Bundestrojaner).

Ein Thema, das ganze Bücher füllen kann, sind die Eskapaden des Verfassungsschutzes und seiner Ableger in den Bundesländern. Vom V-Mann-Führer, der bei der Ermordung eines der NSU-Opfer anwesend war, über massenhaft geschredderte Akten bis hin zu einer Reihe von Verfassungsschutzleitern, die der Neuen Rechten nahe stehen, ist alles mit dabei. Das Vorhandensein von faschistischen Strukturen in staatlichen Ministerien, Polizei und Militär lässt sich selbst

vom Staatsapparat nicht mehr leugnen und so werden die Teile, die er nicht mehr gebrauchen oder kontrollieren kann, entlassen oder fallengelassen. Ich sage nur: NSU 2.0, Nordkreuz, Uniter und KSK.

Währenddessen wird uns erzählt, es gebe keine Alternative zu diesem System. Die AfD nutzt

den Begriff der „Wende 2.0“ für ihren pro-Eliten und rassistischen Wahlkampf der von ihren Westkadern hier geführt wird.

Unterstützt von ehemaligen sogenannten „Bürgerrechtlern“ und anderen Wendehälsen, die während der Herrschaft der Treuhand ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben. Dass die Bewegung '89 zuerst Reformen und einen demokratischen Sozialismus wollte, wird überall gekonnt verschwiegen.

Dass alles natürlich ganz anders gekommen ist (mit fleißiger Unterstützung der Parteien aus der

BRD), sehen wir heute. Eine unvollendete Revolution endet immer im Gegenteil.

Der Kapitalismus hat uns bisher nur Armut, Unterdrückung und Faschismus gebracht. Wir alle, die wir im jetzigen System leiden, egal ob wir nach '89 in die Ruinen einer alten Gesellschaft geboren wurden, in den Ruinen aufgewachsen sind oder all jene, die in der DDR gelebt, gelernt und gearbeitet haben und dann durch die Treuhand alles verloren haben, müssen uns mit der Geschichte unserer Heimat auseinandersetzen und gemeinsam die Idee, wie wir leben wollen, entwickeln. Für ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. ●



Protestplakat auf einer Demonstration

Lokales: Aktivitäten

„Spur des Widerstands“

Radtour durch die Antifaschistische Geschichte Magdeburgs

Sonntag 20. September, 14 Uhr, Schellheimer Platz



Wir wollen Magdeburg von einer anderen Seite kennenlernen und bereisen ausgesuchte Orte in der Stadt, hinter denen eine widerständige Geschichte zu Zeiten des Nationalsozialismus steht.

3. Oktober: 30 Jahre Kapitalismus... ... doch immer noch nicht frei!

Samstag 03. Oktober, Kundgebung
13 Uhr, Wilhelmstädter Platz



Während die Wiedervereinigung für die alten Bundesländer einen wirtschaftlichen Aufschwung bedeuteten, steht sie für die Ostdeutschen - trotz aller Versprechen - für den Anfang einer Abwärtsspirale der Armut und Perspektivlosigkeit, von der nur wenige profitieren. Wir wollen diesen freien Tag nutzen und eine andere Sicht auf die Geschehnisse werfen.

Politik: Bunker bauen gegen rechts

Die Ermittlungen gegen das rechtsextreme Prepper-Netzwerk „Zuflucht“ drohen im Dezember an Verjährung zu scheitern. Bei dem Netzwerk handelt es sich um eine Gruppe rechtsextremer, bewaffneter Bundeswehr Reservisten und Burschenschaftlern, die sich seit 2015 auf einen „Rassenkrieg“ vorbereiten. Einzelne Mitglieder waren auch für die CDU und AfD tätig. Währenddessen richtet das Innenministerium des Landes den Fokus auf die Linken und veranstaltet am 23. September 2020 in der Johanniskirche eine Fachtagung zum Thema Linksextremismus, bei welcher „neue Entwicklungen jenseits von Marx, Engels und Lenin“ beleuchtet werden. Nicht, dass sich auch noch linksextreme Prepper-Netzwerke bilden! ●

Coronakrise und Wanderarbeit: Wer pflügt die deutsche Scholle?

Gastbeitrag: Peter Schaber
Lower Class Magazine
(Erstveröffentlichung im
lowerclassmag.com)

„Ich verliere 1500 Tonnen Spargel!“ titelt in großen Lettern die Bild-Zeitung. Großbauer Heinrich Thiermann „fehlen 800 Arbeiter“, wegen der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Einreisebeschränkungen. Thiermann zählt zu den größten Landwirtschaftsunternehmern im Spargelsektor, hat aber auch Heidelbeeren und Erdbeeren. Rund 3000 Hektar Land hatte Thiermann schon 2009 „unter Pflug“, wie das Handelsblatt damals schrieb, 20 Millionen Euro Umsatz fuhr er jährlich ein. Wer erwirtschaftet das? Der rüstige „Spargelkönig“, wie wohlwollende Medien ihn nennen, nicht. Ein Heer von ausländischen Saisonarbeitern verrichtet die körperlich aufreibende Tätigkeit Jahr für Jahr.

Nur eben dieses Jahr nicht. Denn die Corona-Krise hat die Lieferkette von Menschenmaterial unterbrochen. Und das nicht nur für Thiermann, sondern für alle Agrarkapitalisten. Das schreckte dann wiederum deren politische Interessenwahrer*innen, allen voran Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU), auf. Die begibt sich seitdem auf eine rastlose Suche nach Möglichkeiten, den Feldfürsten doch noch irgendwie billige und willige Arbeitskraft zuzuführen. Student*innen sollen aufs Feld oder am besten gleich Geflüchtete. Und Kurzarbeiter*innen, die sich etwas „zuverdienen“ sollen, während die Bundesregierung die Profitmarge ihres Mutterkonzerns absichert. Und verarmte Rentner*innen. Und wo das alles nichts hilft, da fliegt man zehntausende Arbeiter*innen aus Polen, Rumänien und anderen Ländern mit niedrigem Lohnniveau ein.

Das Landwirtschaftsministerium hat eilig ein eigens auf die Interessen der Großbauern zugeschnittenes Maßnahmenpaket verabschiedet, das es in sich hat. Neben Maßnahmen, die verarmte Alte oder in Kurzarbeit versetzte Arbeiter*innen anlocken sollen, zielt es auf die Lockerung von Arbeitsschutzmaßnahmen für die verfügbaren Saisonkräfte. Die Ar-

beitszeiten sollen „flexibler“ gestaltet werden, was im Klartext nichts anderes bedeutet, als dass die ungesunde und kräftezehrende Arbeit länger am Stück ausgeführt werden darf. Das ist der eigentliche Kern der Sache und deshalb freut auch dieses Maßnahme die Profiteure besonders: „Was uns in Bezug auf dieses Maßnahmenpaket besonders hilft, ist die großzügigere Auslegung des Arbeitszeitgesetzes“, gibt Spargelbauer Stefan Hof in einer Pressemitteilung der Kreisverwaltung Neuwied zu Protokoll. Der Grund ist einfach: Die Mehrheit der Bauern will keine ungeschulten Neulinge, sondern die durch jahrelanges Buckeln auf dem Feld geschulten Bulgar*innen, Pol*innen und Rumän*innen härter einsetzen dürfen. Das Geschäftsmodell basiert darauf, dass die sich nicht beschweren, weil sie zuhause noch weniger verdienen und ohnehin für einen begrenzten Zeitraum hier sind.

Die Ausnutzung von Lohnunterschieden, um eine Schicht besonders leicht zu schindender Proletarier*innen auspressen zu können, ist kein Randphänomen. Alleine in der Landwirtschaft reden wir von jährlich an die 300 000 Saisonarbeiter*innen, davon 95 Prozent aus dem Ausland.

Aber die schlecht bezahlten und anstrengenden Jobs, die von Wanderarbeiter*innen erledigt werden, spielen sich bei weitem nicht nur auf deutschen Feldern ab. So fehlen etwa durch die Corona-bedingten Grenzsicherungen auch massig Pflegekräfte. Hunderttausende Osteuropäer*innen arbeiten im deutschen Gesundheitssektor. Die Mehrheit von ihnen, eingesetzt in der Heimpflege, sind statistisch nicht einmal erfasst. Durch teilweise dubiose Arbeitsvermittlungen werden sie in die Bundesrepublik verbracht und schließen dort jene Lücke, die durch die neoliberale Ausdünnung des Gesundheitswesens gerissen wurde. „Sorgen“ haben auch die Bauunternehmer. Jede*r, der/die schon einmal in dem Bereich gearbeitet hat, weiß, dass kaum eine Baustelle ohne Arbeitsmigration funktionieren würde. Auch hier kommen Zehntausende Arbeiter*innen aus Osteuropa und anderen Niedriglohnregionen nach Deutsch-

land. Und auch hier ist das Geschäftsmodell: Die mucken nicht auf und sind leicht zu ersetzen.

Die Liste der Branchen, in denen auf Wanderarbeiter*innen gesetzt wird, ist lang. Es sind dabei vor allem die – salopp gesagt – Drecksjobs. Über 30 Prozent der Reinigungskräfte, fast 30 Prozent in der Lebensmittelherstellung, über 20 Prozent in Lagerwirtschaft, Hochbau und Zustellung, fast 40 Prozent in der Systemgastronomie, errechnete das Bundesamt für Statistik für das Jahr 2017. Zum Vergleich: In den Bereichen Journalismus sind es etwas über 4 Prozent, im Justizwesen 3,7 Prozent, im Finanzwesen oder der Verwaltung um die 3 bzw. 2 Prozent.

Die Realitäten ausländischer Arbeiter*innen sind sehr unterschiedlich, aber gemeinsam ist der Mehrheit von ihnen: Sie arbeiten in Jobs, die schweißtreibend, physisch und psychisch aufreibend, schlecht bezahlt und selten Thema öffentlicher Empörung sind. Sie sind leichter unter Druck zu setzen, haben kaum eine Lobby und können oft selbst geltendes Recht nicht in Anspruch nehmen, weil sie jederzeit ersetzbar sind. Wer auf dem Bau auf Einhaltung irgendwelcher am Papier geltenden Arbeitsschutzmaßnahmen pocht, lernt die Grenzen hübsch aufgeschriebener Paragraphen rasch kennen.

Die Corona-Krise hat – durch die mit ihr verbundenen Grenzsicherungen – dieses Geschäftsmodell zumindest für einen Moment ins allgemeine Bewusstsein gerückt, wenn auch größtenteils nur in der verzerrten Form des Haus- und Hofjournalismus für die deutschen Spargelfürsten, Baulöwen und halbmafiosen Pflegeunternehmer. Wir täten gut daran, auch nach der Krise, wenn die Hunderttausenden wieder so reibungslos wie ungehört malochen, nicht zu vergessen, wer hier die Arbeit macht und wer von ihren Früchten lebt. ●



Kreuzworträtsel

Wenn Sie die Artikel aufmerksam gelesen haben, wird Ihnen die Lösung dieses Rätsels ein Leichtes sein!

Lösungshinweise:

1. verantwortlich für die Privatisierung und Schließung von zahlreichen DDR-Betrieben

2. umgangssprachliche Bezeichnung für Kaffee-Ersatz

3. Bezeichnung für einen Tageslichtprojektor

4. Zusammenschluss von Betrieben

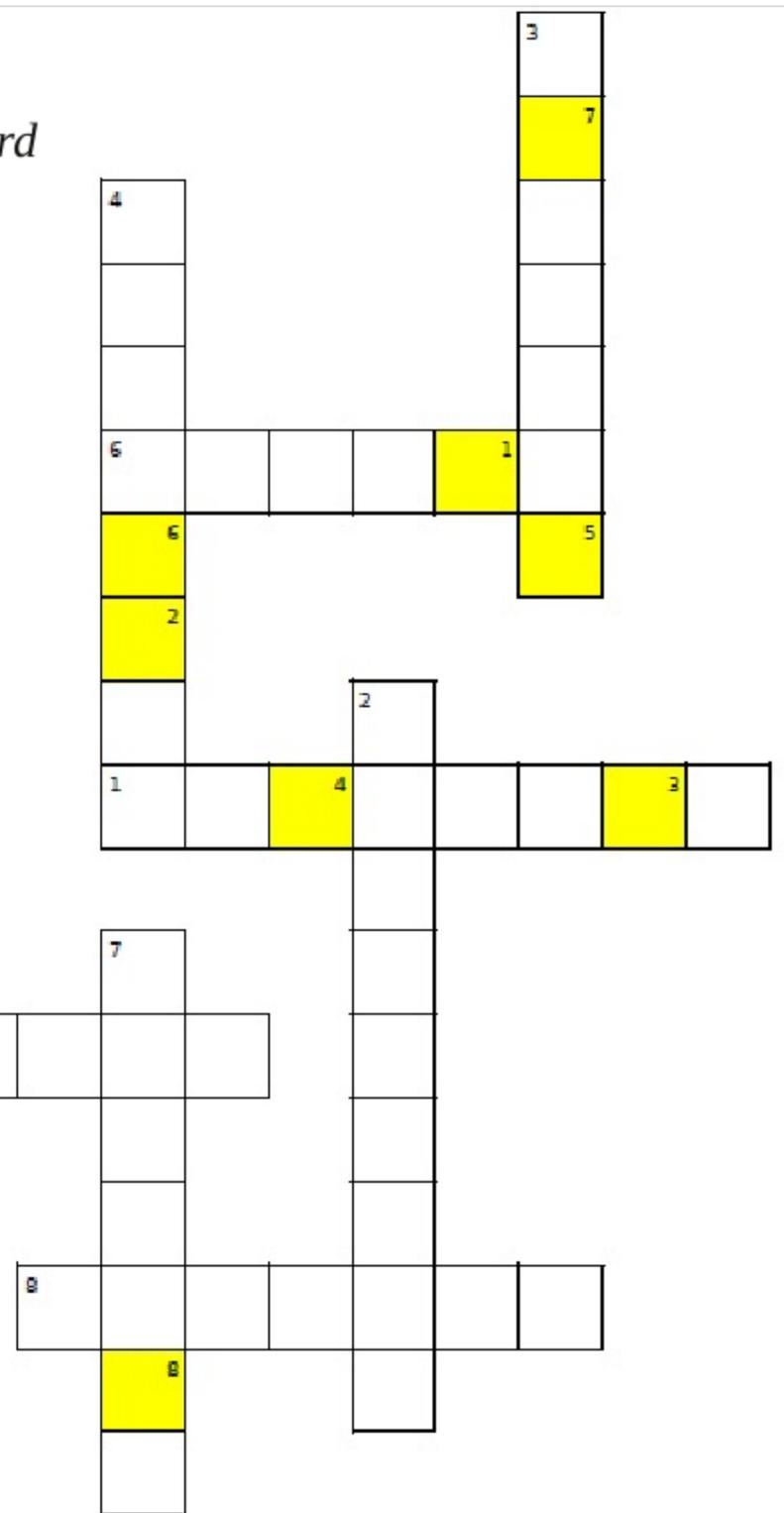
5

5. höchster Berg der DDR

6. Stadtteil, der Magdeburg den Ruf als „Stadt des Schwermaschinenbaus“ gab

7. Kleinwagen, der die Massenmotorisierung der DDR ermöglichte

8. Garten- oder Wochenendhaus, das der Freizeit dient



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

STELLENANZEIGE



Du suchst einen neuen Job?



Wir suchen moderne Sklaven

Bewirb dich bei uns!



Die Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld



Bei einer Kiezkommune handelt es sich um eine kleine Einheit innerhalb der Gesellschaft (wie z.B. ein Stadtteil), die sich kollektiv selbstverwaltet. Dabei soll sie sich perspektivisch um alle Angelegenheiten dort kümmern, wie z.B. soziale Fragen, Austausch über Mietenprobleme, Frauen- und Arbeitskämpfe oder dem Aufbau sozialer Treffpunkte und kultureller Angebote. Dabei ist sie nicht wie ein offizielles Stadtteilmanagement oder eine Aufwertungsinitiative von oben organisiert, sondern eine Initiative von unten, die von den im Stadtteil lebenden Menschen ausgeht. Nachdem die Kiezkommune Stadtfeld im November 2019 von StadtfelderInnen ins Leben gerufen wurde, standen viele Projekte an. Dazu zählten in etwa Bildungsangebote, Nachbarschaftscafés oder Spieleabende.

Die aktuelle Pandemie hat jedoch nicht nur das gesamte öffentliche Leben durcheinandergebracht, sondern auch die die Kiezkommune Stadtfeld in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Trotzdem ging es voran! Die Kiezkommune Stadtfeld hat gemeinsam mit engagierten BewohnerInnen des Stadtteils in der heißen Phase des Anfangs der Pandemie eine Corona-Hotline eingerichtet. Ziel war es, eine schnelle und unkomplizierte lokale Unterstützungsstruktur zu schaffen. In die-

sem Rahmen meldeten sich auch einige StadtfelderInnen, die keine Hilfe brauchten, sondern selbst gerne unterstützen wollten.

Als die Hochphase vorbei war, organisierten wir ein gemeinschaftliches Grillen für uns und für die Öffentlichkeit. Dabei kamen wir ins Gespräch mit Anderen und konnten im Nachgang ein paar davon für die Arbeit der Kiezkommune gewinnen.

Ein wichtiges Projekt, das in den letzten Monaten begonnen wurde, ist eine Stadtteilbefragung. Da wir das Leben im Stadtfeld gemeinschaftlich gestalten und Probleme kollektiv lösen wollen, haben wir eine Untersuchung gestartet, um herauszufinden, was die Menschen in Stadtfeld überhaupt bewegt. Die Befragungen fanden in erster Linie in unseren eigenen Hauseingängen statt, aber auch wir als Mitglieder der Kommune beantworteten die Fragen. Aktuell befassen wir uns mit der Auswertung der Fragebögen und sind überzeugt, daraus wertvolle Schlüsse für unsere zukünftige Arbeit ziehen zu können. Diese Fragebögen werden aber nicht die letzten sein. Haltet eure Augen und Ohren offen und beteiligt euch an der nächsten Befragung!

Um einen kollektiven Bildungsprozess anzustoßen und gemeinsame Werte, Perspektiven und konkrete

Vorgehensweisen als Kommune zu entwickeln, möchten wir regelmäßig Schulungen organisieren. Unsere erste Schulung fand erst kürzlich statt. Aufgrund der alltäglichen Gewalt, der Frauen in dieser Gesellschaft ausgesetzt sind und der damit einhergehenden Dringlichkeit, befasste sich diese erste Schulung mit dem Thema der patriarchalen/sexualisierten Gewalt. Sie war auch für Nicht-Mitglieder offen und wurde sehr positiv aufgenommen.

Nachdem wir nun zahlenmäßig angewachsen waren, befassten wir uns auch mit Fragen der internen Organisation. Die organisatorische und inhaltliche Arbeit der Kiezkommune findet zukünftig in Komitees und Kommissionen statt. So organisiert das Bildungskomitee beispielsweise die Schulungen und das Komitee für Kultur & Soziales ist z.B. verantwortlich für Grillfeste. Neben dieser Aufteilung finden ca. monatlich Vollversammlungen statt, an denen die gesamten Mitglieder zusammenkommen, um zu diskutieren und zu planen. ●

Du hast Interesse, die Kiezkommune mitzugestalten?

Gerne! Schreib' einfach eine E-Mail an kiezkommune-stadtfeld@systemli.org. Achte außerdem auf Ankündigen für die nächsten öffentlichen Veranstaltungen oder Befragungen!

„Nur alle zusammen können wir den Kapitalismus überwinden, der uns zu einem Leben in Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit verdammt.“

Kontakt

Wir hoffen, Ihnen hat diese dritte Ausgabe der Volksstimmung gefallen. Für weitere Anregungen, Kritik oder Leserbriefe sind wir unter folgender E-Mail-Adresse zu erreichen:

» volksstimmung-md@riseup.net «